



BürgerInneninitiative gegen die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda

**An den
Petitionsausschuss des Hessischen Landtags
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden**

Marburg, 18.04.2006

Baugenehmigung für die Einrichtung eines Großbordells in Marburg-Wehrda

Sehr geehrte Damen und Herren des Petitionsausschusses,

im Namen der „Bürgerinitiative gegen das Großbordell in Marburg-Wehrda“ bitten wir Sie um die Überprüfung der Genehmigung des o.g. Bordells, die am 05.12.2006 durch den Magistrat der Universitätsstadt Marburg erfolgt ist. Ferner bitten wir Sie, auch die Vorgeschichte zu dieser Genehmigung zu überprüfen.

Seit Monaten protestiert die BI mit Unterschriftenaktionen, Veranstaltungen, Diskussionen zum Thema Zwangsprostitution sowie in Gesprächen und im Briefwechsel mit den politischen Entscheidungsträgern der Stadt Marburg gegen das geplante Etablissement. Sie hat außerdem bei dem weit über die Grenzen Marburgs hinaus bekannten Verwaltungsfachanwalt Dr. Peter Hauck-Scholz ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben; in diesem werden mehrere Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Einrichtung eines neuen Großbordells in Marburg rechtsfehlerfrei zu verhindern ist (siehe:www.bi-gegen-bordell.de).

Dieses Gutachten, die gesammelten 3400 Unterschriften, Proteste aus der Bürgerschaft und aus unserer Initiative haben die Genehmigung des Bordells nicht verhindern können. Wir konnten immerhin erreichen, dass auf Antrag der Stadtverordneten schließlich ein Akteneinsichtsausschuss konstituiert wurde, der sich über die in mancher Hinsicht dubiosen Vorgänge um die Bordellgenehmigung aus den Akten informieren sollte.

Der Magistrat und der Oberbürgermeister der Stadt Marburg haben in einer öffentlichen Sitzung fest zugesagt, dass die Fragen, die der Akteneinsichtsausschuss nach der Einsicht in die Akten stelle, noch vor der Kommunalwahl beantwortet würden. Diese Zusage ist nicht eingehalten worden.

Von unseren Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Dr. Thomas Spies und Sören Bartol, (beide SPD), wurden wir öffentlich in der Presse beschuldigt, dass wir den Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Egon Vaupel, SPD, zu Unrecht kritisierten, wir hätten „maßlose und absurde Vorwürfe“ gegen ihn erhoben. Der Oberbürgermeister selbst äußerte in der Presse, dass die Bürgerinitiative „mit Dreck werfe“ und sie und ihr Anwalt „infame Unterstellungen“ gemacht hätten. Unsere Presseerklärung, in der wir diese Vorwürfe zurückweisen, wurde in der Lokalpresse nicht veröffentlicht.

Wir betonen, dass wir alle kritischen Äußerungen im Zusammenhang mit der Genehmigung des neuen Großbordells in Marburg mit Fakten belegt haben (s. dazu die beigefügten Anlagen). Diese werden von OB Vaupel und dem Magistrat nicht zur Kenntnis genommen, wider besseres Wissen bestritten, unsere Einwände und wir selbst u.a. als „emotional“ abqualifiziert.

Wie wir dem Marburger Express entnehmen konnten, haben die Mitglieder des Akteneinsichtsausschusses im Zusammenhang mit der erteilten Bordellgenehmigung dem Magistrat der Stadt Marburg 69 Fragen gestellt.

Wir warten nun seit Wochen auf die Beantwortung dieser Fragen. Da diese aus unserer Sicht genau das zutage bringen wird, was wir recherchiert und dokumentiert haben (s. www.bi-gegen-bordell.de) , ist diese Offenlegung für uns sehr wichtig, damit wir weitere Schritte gegen die ausgesprochene Genehmigung unternehmen können.

Mit unserem Protest geht es uns darum, ein Zeichen zu setzen gegen die Ausweitung des Menschenhandels, gegen die Verletzung der Würde des Menschen und gegen die Benutzung von Frauen als Ware, und zwar gerade jetzt, im Vorfeld der Fußball WM. (Marburg hatte die Hoffnung, dass es „Weltmeisterstadt“ würde, dass nämlich eine Mannschaft in Marburg Quartier beziehen würde; diese Hoffnung hat sich zerschlagen, nun hoffen die Verantwortlichen der Stadt, dass Menschen aus „Wirtschaftskreisen“ zur WM in Marburg wohnen werden, um Spiele in Frankfurt besuchen zu können.)

Unserer BI gehören fast ausschließlich Personen an, die entweder beruflich oder ehrenamtlich seit langen Jahren mit dem Problemfeld „Gewalt gegen Frauen“ und/oder „Prostitution“ befasst und engagiert sind: MitarbeiterInnen der Diakonie, der ev. Frauen- und Friedensarbeit, von Franka, medica mondiale, Terre des Femmes und des Zonta-Clubs sowie Personen aus dem universitären, medizinischen und pädagogischen Bereich.

Leider haben wir trotz unserer Kenntnisse und Kompetenz, trotz mehrerer Informationsveranstaltungen mit bekannten Referentinnen und Referenten, trotz des juristischen Beistandes durch einen profilierten Juristen und der Proteste aus der Bürgerschaft nicht erreichen können, dass der Magistrat der Stadt Marburg die Möglichkeiten, das neue Bordell zu verhindern, wahrgenommen hätte. Stattdessen werden wir diffamiert und ausgebremst, zurzeit eben dadurch, dass feste, öffentlich gemachte Zusagen des Magistrats und des OB nicht eingehalten werden.

Demzufolge können die Arbeiten an dem Bordellbau ungehindert weiter voranschreiten.

Als ganz besonders bestürzend empfinden wir es als Bürgerinnen und Bürger, dass wir als Gruppe, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen die Verletzung der Menschenwürde von Frauen monatelang und mit großem Aufwand engagiert, von politischen Entscheidungsträgern einfach beiseite geschoben bzw. vom Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg sowie von den als Volksvertretern auch für uns zuständigen Landtags- und Bundestagsabgeordneten (alle SPD) öffentlich diffamiert und beleidigt werden.

Wir sehen im Interesse der Frauen, die gerade zur WM besonders ausgebeutet, gedemütigt und in ihrer Würde verletzt werden und deren Armut schamlos ausgenutzt wird, keine andere Möglichkeit als Sie zu bitten, die aus unserer Sicht äußerst fragwürdigen Vorgänge in Marburg zu überprüfen und damit evtl. unser o.g. Anliegen mit zu unterstützen. Wir selbst haben allein keine Möglichkeit mehr, der uns entgegen wirkenden „Arroganz der Macht“ effektiv zu begegnen.

Wir fügen einige Unterlagen bei, verweisen gleichzeitig aber zur genauen Information auf unsere Website: www.bi-gegen-bordell.de. Sie finden dort die Vorgänge um die Genehmigung des Großbordells mit Laufhaus seit dem 24.05.2005 dokumentiert.

In der Hoffnung, dass wir mit Ihrer Hilfe unser Anliegen doch noch nachdrücklicher vertreten können,

verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Inge Hauschildt-Schön

Prof. Dr. Renate Rausch